Wie verhindert man eine neue Warlordisierung der Kommunen und neue Machtmonopole?

Downloads: PDF · DOCX

Nach dem Zusammenbruch des alten Regimes ist das häufigste Ende nicht die Demokratie, sondern die Zersplitterung: Regionale Machthaber regieren jeder für sich, und neue starke Männer errichten unter dem Vorwand der „Aufrechterhaltung der Ordnung" neue Monopole. Die Lehren der siebten und achten Frage dieser Reihe haben das längst gezeigt: Das Scheitern von Chen Jiongmings Vereinigter Provinzautonomie und das Verkümmern der Provinzverfassungsbewegung haben eine gemeinsame Ursache — lokale Autonomie ohne einen nationalen Verfassungsrahmen wird früher oder später zum Vorwand für Abspaltung.

Um Warlordisierung und neue Monopole zu verhindern, müssen drei Wege gleichzeitig versperrt werden: militärisch darf niemand über private bewaffnete Kräfte verfügen, finanziell darf keine Kommune gesamtstaatliche Steuern einbehalten, und politisch darf kein Amt zu einem Amt auf Lebenszeit werden. Wird nur einer der drei Wege versperrt, werden die anderen beiden früher oder später umgangen.

I. Militärisch: Keine privaten bewaffneten Kräfte

Die erste Verteidigungslinie ist die Verstaatlichung der Armee (siehe die Schlussfolgerung der vierundzwanzigsten Frage dieser Reihe; diese Frage zitiert sie, ohne sie auszuführen): Alle bewaffneten Kräfte stehen einheitlich unter staatlichem Befehl, den Kommunen ist der Besitz eigenständiger bewaffneter Kräfte untersagt, lokale bewaffnete Kräfte und Milizen müssen eingegliedert oder aufgelöst werden, und die Waffen werden einzeln registriert. Für die lokale Sicherheit ist eine an das Gesetz gebundene Polizei zuständig (siehe die Schlussfolgerung zur Aufgabenteilung in der zweiundzwanzigsten Frage); die Polizei ist dem Gesetz verantwortlich, nicht den regionalen Machthabern.

Die historische Lehre ist hier am unmittelbarsten: Zur Zeit der Provinzverfassungsbewegung begrüßten die Machthaber der einzelnen Provinzen alle die „Autonomie", doch niemand wollte ernsthaft die „Vereinigten Provinzen" — die Provinzverfassungen wurden zu einem Instrument, mit dem Warlords sich legitimierten. Ohne bewaffnete Kräfte unter einheitlichem staatlichem Befehl bleibt von der lokalen Autonomie nur eine „Provinzautonomie" aus losem Sand übrig, und loser Sand lässt sich am leichtesten von demjenigen, der die meisten Gewehre hat, wieder zu einem Block zusammenpressen.

II. Finanziell: Dezentralisierung muss mit Prüfung und Offenlegung einhergehen

Die zweite Verteidigungslinie liegt im Finanzwesen. Lokale finanzielle Eigenständigkeit ist notwendig, aber Eigenständigkeit muss mit Prüfung und Offenlegung einhergehen: lokale Haushalte werden offengelegt, die Regeln für Transferzahlungen werden gesetzlich festgelegt, gesamtstaatliche Steuern dürfen von den Kommunen nicht einbehalten werden, und lokale Schulden werden vollständig offengelegt. Eine Dezentralisierung ohne Prüfung ist keine Autonomie, sondern eine Lizenz für lokale Fürsten.

Wie Zentrum und Kommunen die Finanzgewalt aufteilen, ist das Thema der zweiunddreißigsten Frage dieser Reihe; diese Frage verweist vorwärts darauf, ohne es auszuführen. Doch ein Grundsatz lässt sich schon jetzt festhalten: Die Regeln der Dezentralisierung sollen durch Verfassung und Gesetz bestimmt

werden und nicht das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Zentrum und Kommunen sein — eine durch Verhandeln erlangte Dezentralisierung gibt den starken Kommunen viel und den schwachen wenig, und am Ende gewinnt doch wieder der Stärkere alles.

III. Politisch: Wahlen, Amtszeitbegrenzungen und Freiheit sind die Leitplanken

Die dritte Verteidigungslinie liegt in der Politik: Die Chefs der Kommunen und die Parlamente werden durch Wahlen bestimmt und unterliegen Amtszeitbegrenzungen; die Medienfreiheit lässt Machtmissbrauch in den Kommunen ans Licht kommen; die Unabhängigkeit der Justiz gibt denjenigen, deren Rechte verletzt wurden, eine Stelle, an die sie sich wenden können; Parteienwettbewerb und Bürgerorganisationen stellen sicher, dass jeder Monopolist auf Herausforderer trifft. Fehlt auch nur eines dieser vier Elemente, werden lokale Wahlen zu einer bloßen Formalität.

Man muss sich auch die Voraussetzung der sechzehnten Frage dieser Reihe vor Augen halten: Ein demokratisches System entsteht nach dem Zusammenbruch des alten Regimes nicht von selbst — es muss bewusst aufgebaut werden. Ebenso gilt die Frage, die die siebzehnte Frage dieser Reihe aufwirft: Der Wiederaufbau kann sich nicht allein auf die Übertragung der bestehenden Regierung der Republik China (Taiwan) stützen; die eigenen Institutionen des Festlands — Wahlen, Parlamente, Gerichte, Medien — müssen vor Ort wachsen. Übertragene Institutionen haben keine Wurzeln; ein Windstoß wirft sie um. Das Tempo des Institutionenaufbaus kann den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden, doch die Richtung darf nicht unklar sein: Jede lokale Wahl, jede Offenlegung eines Haushalts legt das Fundament für eine gesamtstaatliche Verfassungsordnung.

IV. Das Gleichgewicht zwischen nationalem Rahmen und lokaler Autonomie

Über den drei Verteidigungslinien braucht es noch einen nationalen Rahmen. Lokale Autonomie braucht den Schutz eines nationalen Verfassungsrahmens: Das System der gleichmäßigen Machtverteilung (均权制度) in der Verfassung der Republik China von 1947 (siehe die Schlussfolgerung der neunten Frage dieser Reihe) versuchte genau die Frage zu beantworten, wie Zentrum und Kommunen die Macht aufteilen können, ohne sich zu spalten — das Zentrum verwaltet gesamtstaatliche Angelegenheiten, die Kommunen verwalten lokale Angelegenheiten, und Streitigkeiten werden über verfassungsrechtliche und gerichtliche Verfahren gelöst, nicht mit Waffengewalt.

Beide Seiten des Gleichgewichts müssen gehalten werden: Einerseits darf das Zentrum die lokale Autonomie nicht unter dem Vorwand der „Einheit” abschaffen — dort, wo die Autonomie abgeschafft wird, schwindet die Identifikation der Bewohner mit der neuen Ordnung rasch; andererseits dürfen die Kommunen sich nicht unter dem Vorwand der „Autonomie” der gesamtstaatlichen Garantie grundlegender Rechte verweigern — eine Kommune, die ihren Bewohnern nach Belieben Rechte entziehen kann, ist keine Autonomie, sondern nur eine Despotie im Kleinformat. Die mit lokaler Autonomie und Machtkontrolle zusammenhängenden institutionellen Optionen in den Sieben Modellgesetztexten (vorgeschlagene Modellgesetze, keine geltenden Gesetze) können als Ausgangspunkt der Diskussion dienen; die endgültigen Regeln müssen durch das Gesetzgebungsverfahren unter einer künftigen Verfassungsordnung bestätigt werden.

Wenn zwischen Zentrum und Kommunen Streitigkeiten entstehen, sollen sie über verfassungsrechtliche und gerichtliche Verfahren gelöst werden: Eine unabhängige Verfassungsprüfungsinstanz entscheidet über die Zuständigkeitsverteilung, und beide Seiten akzeptieren das Entscheidungsergebnis. Jede Seite, die eine Streitigkeit mit Gewalt oder durch einseitiges Handeln löst, zerstört den Verfassungsrahmen selbst — wer heute eine Streitigkeit mit Gewalt löst, wird morgen zum neuen Monopolisten. Schon die Existenz eines Verfahrens zur Streitbeilegung ist für beide Seiten die stärkste Bindung.

Weiterführende Lektüre

- Index der Vierzig Fragen zur Republik China | 《中华民国四十问》索引
- Sechzehnte Frage: Wenn das Regime der KPCh zusammenbricht, warum entsteht ein demokratisches System dann nicht von selbst? (spätere Frage dieser Reihe)
- Siebzehnte Frage: Warum kann der Wiederaufbau einer Verfassungsordnung sich nicht allein auf die bestehende Regierung Taiwans stützen? (spätere Frage dieser Reihe)
- Wie geht man mit der Verstaatlichung der Armee und den persönlichen Rechten der Soldaten um?
- Warum scheiterte Chen Jiongmings Vorschlag der Vereinigten Provinzautonomie?
- Warum verpasste China die historische Chance der Provinzverfassungen und des Föderalismus?
- Wie teilt die Verfassung der Republik China von 1947 die Befugnisse zwischen Zentralregierung, Provinzen und Kreisen auf?

Referenzen

- Index der Vierzig Fragen zur Republik China
- Einführungsessay Nr. 5 „Lokale Autonomie und Alltagsleben" — Konzept der lokalen Autonomie, in dieser Frage zitiert
- Sieben Modellgesetztexte (vorgeschlagene Modellgesetze, keine geltenden Gesetze) — institutionelle Optionen, in dieser Frage zitiert

Andere Sprachversionen: 简体中文 · English · 繁體中文 · Français · Deutsch · Español

Übersetzt aus dem vereinfacht-chinesischen Original (veröffentlicht am 31. Oktober 2026).